

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Ersteinstufige wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Polizeistatistik.

Verleger und verantwortl. Redakteur: Dr. Arieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechs gespaltene Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Gewerkschaften, Unternehmertum und Wirtschaft 1925.

Die Arbeitstämpfe im Jahre 1925 waren weit zäher und hartnäckiger, die offenen Kämpfe viel zahlreicher, die Angriffslust der Unternehmer viel lebhafter als im Jahre 1924. Je mehr das Jahr 1925 vorschritt, desto rühriger wurden die Arbeitgeberverbände in ihrem Bestreben, die öffentliche Meinung sowie die Regierung von der Richtigkeit ihrer Politik des Lohndrucks und der Zurückdrängung gewerkschaftlichen Einflusses auf allen Gebieten des Arbeitslebens zu überzeugen. Und namentlich bei der Arbeitstämpfe sie ein recht williges Ohr. Mit ihren theoretischen Begründungen den erstrebten Lohndruck und die erstrebte Arbeitszeitverlängerung zu rechtfertigen, hatte das Unternehmertum allerdings weniger Glück. Namentlich auch weite Teile der Wissenschaft haben die unternehmerischen Theorien im Sinne der Herbeiführung einer Verschlechterung der sozialen Gesamtlage der Arbeiterschaft als wissenschaftlich unrichtig abgewiesen. Eine der Unternehmerrtheorien ging dahin, daß Lohnsteigerungen über das Niveau hinaus, das die Unternehmer als tragbar erklärten, auf jeden Fall eine neue Inflation herbeiführen müßte. Bei der noch in aller Gedächtnis haften Inflationzeit und der Schäden, den diese Zeit bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern angerichtet hatte, fand diese Theorie bei den wenig volkswirtschaftlich und staatspolitisch geschulten Massen, die die sogenannte öffentliche Meinung repräsentieren, und selbst in gewissen Arbeiterschichten, ernstliche Beachtung. Heute ist diese unternehmerische Theorie in der ernsthaften Diskussion ebenso als erledigt anzusehen, wie die zweite unternehmerische Theorie, daß Lohnsteigerung auf jeden Fall eine Preissteigerung herbeiführen müsse. In zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten ist nach Zergliederung des Preises in die wirklichen Kostenelemente nachgewiesen, daß in den weitaus meisten Fällen die Lohnquote nur einen geringen Einfluß auf die Preisbildung hat, daß die Hauptelemente der heutigen teuren Preisbildung vielmehr von unrationeller Betriebsführung, von den durch die Kartellpolitik veranlaßten übermäßigen Unternehmergewinnen und von dem großen, teuren Apparat, der zwischen Produktion und Absatzaktionen, den Verbraucher liegt, herrührt. Alle Preissteigerungsaktionen, die das Problem nicht an diesen drei Fronten angreifen, werden sich als wirkungslos erweisen. Das sollte auch die Regierung einsehen, die bei ihren Bestrebungen, die Preise zu senken, auch bei der wichtigsten Stelle, bei der Senkung der Lohn- und Gehaltsquote, beginnen will.

In neuerer Zeit begründen die Unternehmer den Lohndruck damit, daß sie sagen, daß bei den heutigen „hohen Löhnen“ die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig sei. Daß dies Argument auf ebenso wissenschaftlich unrichtigen Füßen steht, wie ihre Theorien über eine neue Inflation Gefahr und der Preissteigerung durch Lohnsteigerung, hat erst vor kurzem Prof. Hermsberg in der „Sozialen Praxis“ nachgewiesen. U. a. wird von Hermsberg an den Löhnen von sieben der hauptsächlichsten Industriestaaten aufgezeigt, daß Deutschland tatsächlich die niedrigsten Weltmarktlöhne hat. Damit ist aber auch bewiesen, daß an der angeblichen Weltmarktkonkurrenzunfähigkeit nicht die Löhne, sondern andere, außerhalb des Bereichs der Arbeitseinflüsse liegende Kostenelemente die Ursache sein müssen. Ebensovienig begründet ist es aber auch, wenn das Unternehmertum bei ihrem Lohndruck die Kapitalneubildung in den Vordergrund stellt. Die Kapitalneubildung ist durchaus keine Angelegenheit einer einzelnen Wirtschaftskategorie, sondern eine Angelegenheit aller in der Wirtschaft wirkenden Kräfte, auch bei der Wirtschaftskategorie „Arbeit“. Danach sind angemessene Löhne und Gehälter nicht nur ein Element wirtschaftlichen Fortschritts von der Verbraucherseite her, sondern auch ein hervorragendes Element der Kapitalneubildung. Die Gewerkschaften müssen eine Kapitalneubildung aus den gesamten innerhalb der Wirtschaft wirkenden Kräften befürworten und die einseitige Kapitalneubildung durch Lohndruck ablehnen.

Wenn auch die unternehmerischen Theorien sehr stark Schiffsbruch gelitten haben, so ist dennoch nicht anzunehmen, daß damit ihr Druck auf die Gewerkschaften und ihre Politik geringer werden wird. Dafür spricht schon der große Drang in gewissen Teilen des Unternehmertums, den alten vorkriegszeitlichen Unternehmerrfeudalismus, den Geist des alten feigen Stamm wieder aufleben zu lassen, d. h. den nicht mit Theorien belasteten Geist des brutalen Mach-

standpunktes. So ist es denkbar, daß bald die Angriffe des Unternehmertums nicht mehr auf der Grundlage humaner Theoretik, sondern des krassesten Machtstandpunktes sich vollziehen werden. Die Gewerkschaften tun jedenfalls gut, mit einer solchermaßen veränderten Kampflage zu rechnen. Das setzt voraus, daß die Gewerkschaften ihren organisatorischen und finanzpolitischen Apparat in Ordnung halten.

Doch am meisten wird die Gesamtlage aller Gewerkschaftsbewegung von den wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst. Und diese sind, im Gesamtbilde gesehen, durchaus nicht so ungünstig, wie sie manchem, der nicht die Gesamtwirtschaft im Auge hat, erscheinen. Die Konjunktur ist weder im ganzen gut noch im ganzen schlecht. Aber damit im Zusammenhang steht das Problem der Preisentwertung für alle Industrieerzeugnisse. Wie im Export bereits geschehen, wird auch für den Innenmarkt sich die Industrie damit abfinden müssen, daß es nach Lage der Verhältnisse ganz unmöglich ist, die jetzige Kartell-Preispolitik aufrechtzuerhalten. Es wehren sich auch die Anzeiger, daß die weitsehenden Wirtschaftsführer stark mit Rationalisierung ihres Wirtschaftsteiles beschäftigt sind, um im gegebenen Augenblick, wenn die jetzige rückständige Kartell-Preispolitik nicht mehr zu halten ist, den neuen Verhältnissen entsprechend gegenüberzustehen. Alles dies erzeugt eine gewisse Unruhe, namentlich dort, wo infolge der Teuerung gefüllte Lager vorhanden sind, so daß von innen heraus der Druck nach einer Verringerung der jetzigen Kartell-Preispolitik sich verstärkt. Dieser innere Druck wird sich noch weiter verschärfen, wenn — was anzunehmen ist — die Reichsbank ihre jetzige Diskontpolitik beibehält. Um diesen Druck weiter zu verschärfen, müssen die Gewerkschaften an ihrer Lohnpolitik festhalten, damit die gegenwärtige ungelohnte Unternehmerpreispolitik an ihren eigenen inneren Widersprüchen zusammenbricht. Erst wenn dies eingetreten und durch wirklich fühlbare Preisentwertung der Reallohn und die Kaufkraft gehoben ist, ist an eine wirkliche Gesundung der Gesamtwirtschaft zu denken. Daher ist die Vorkampfung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik eines der wichtigsten Mittel, endlich zu wirtschaftlich gesunden Zuständen zu kommen.

Der Kämpfer müssen mehr werden!

(Auch ein Neujahrswunsch.)

Jamahl, der Kämpfer müssen mehr werden! Denn was hat das verstoffloren Jahr gezeigt? Ein weiterer Erstarrung der Unternehmerrorganisationen, die ihren erbitterten Kampf gegen erhöhte Arbeiterlöhne, gegen verkürzte Arbeitszeit, gegen jeden Sozialfortschritt mit verbissener Zähigkeit fortgeführt haben. Und ihre wirtschaftliche Einstellung wird auch für die Zukunft nicht anders sein. Gewiß, auch die Reihen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich verstärkt. Sie haben im allgemeinen die Angriffe der Unternehmer abzuwehren verstanden, sie haben sogar ihre wirtschaftliche Lage in bescheidenem Ausmaß verbessert. Es muß aber auch gesagt werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen im vergangenen Jahre nicht in dem Maße, wie erhofft, an Mitgliederumfang gewonnen haben. Immer noch steht die große Mehrheit der so zahlreichen Arbeiterklasse den Gewerkschaftsorganisationen fern. Nur eine Minderheit führt den organisierten Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen Reaktion und Unterdrückung. Eine Minderheit! Und diese Minderheit hat Erfolge durchgesetzt, die sich sehen lassen können. Um wieviel größer wären wohl diese Erfolge, wenn alle Arbeiter, alle Arbeiterinnen zur Gewerkschaft ständen! Leider aber hat immer noch nicht die Mehrheit der Arbeiterschaft erkannt, was sie ihren Interessen schuldig ist; Millionen vernachlässigen die vornehmste Pflicht, die jedem gebietet, sich seiner Organisation anzuschließen.

Auf diesen Umstand richten wir den Blick beim Jahreswechsel. Soll es denn so bleiben? Erwächst uns aus dieser Tatsache nicht eine vornehme Zukunftspflicht? Sollte nicht für uns das neue Jahr ein lebhafter Auftakt sein, um endlich mit allen Kräften diesen unbefriedigenden Zustand zu beheben?

Was muß zu diesem Zwecke geschehen? Gesagt haben wir es schon oft: Begreift es endlich, ihr, die ihr den Zweck und die Notwendigkeit der Organisation begriffen habt: Der

organisierten Kämpfer müssen mehr werden! Wir müssen unsere Reihen verstärken. Weit mehr muß geschehen, um das Heer der Schlafenden und Gleichgültigen zu verringern. Wie das geschehen soll? Geht doch endlich davon ab, die Werbearbeit nur einer kleinen Schar zu überlassen. Die schafft es allein nicht. Jeder muß Werber sein! Jeder muß sich zur Aufgabe stellen, überall, wo er mit Unorganisierten zusammentrifft, sie zum Gewerkschaftsbeitritt zu ermuntern. Nicht nur in der Werkstatt, nein, überall, bei jeder Gelegenheit, muß an ihr Gewissen appelliert, muß den Unorganisierten gesagt werden, welchen groben Fehler sie machen, welche verächtliche Rolle sie in ihrem armseligen Leben spielen, wie unendlich sie sich selbst schädigen, wenn sie noch fernherin der Organisation die kalte Schulter zeigen, wenn sie an der e den Kampf führen lassen, den zu führen jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Angestellte verpflichtet ist! Zeigt ihnen das Verberbliche und Verächtliche ihrer Teilnahmslosigkeit, zeigt ihnen, in welchem umfassenden Maße die Unternehmer den Nutzen der Organisation begriffen haben. Sagt ihnen, daß unser Organisationsstreben höhere Kultur bedeutet auch für den Ärmsten in Lande. Nur die Organisation ist der große Hebel für den Menschheitsfortschritt.

Ihr sagt, das könnt ihr nicht, es fehle euch an Redegewandtheit? Oh, sagt nur das, was hier geschrieben steht, und dann knüpft an an die reichen Wechselfälle des Lebens, zeigt an Beispielen aus dem täglichen Leben, was die Arbeiterklasse vermag, wenn sie einig ist und fest verbunden in der Organisation. Ermunternde Beispiele werdet ihr, wenn ihr klaren Auges um euch schaut, in großer Fülle finden. Die erzählt ihnen. Und laßt nicht eher nach, bis das Samenorn der Organisation in den verknöcherten Hirnen Wurzel schlägt!

Mit solchen guten Vorsätzen hinein in das neue Jahr! Jeder nütze jede Stunde aus zur Werbearbeit. Ihr Organisierten habt erkannt, was nottut. Nun wohl! Dann handelt entsprechend! Stärkt in jeder Weise unsere Kämpferreihen! Weckt die Schlafenden auf, rüttelt die Träumer empor, erfüllt die Zagen, die Schwachen und Gleichgültigen mit Kämpfermut, tragt die Fackel der Aufklärung und Organisation durch die Lande!

Jeder Arbeiter in die Organisation! Dafür strebt, dafür setzt euch mit aller Kraft ein! Auf daß unsere Organisationen unüberwindlich werden und allen Anschlägen des Unternehmertums trogen, daß dessen Vernichtungswille sich bricht am organisierten Lebens- und Kampfeswillen der organisierten Massen wie Wogenschaum am Felsen!

Das ist auch ein Neujahrswunsch, und nicht der schlechteste.

Gute Ernte — viel Hunger.

Der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom gibt im letzten Heft seines Bollettino de Statistica Agraria e Commerciale eine Uebersicht über die Weisernte in den Hauptgetreidestaaten. Soweit der Weizen in Frage kommt, werden folgende Zahlen mitgeteilt:

	1925	1924	Durchschnitt 1900-1913
	(in Millionen Doppelzentnern)		
Europa (24 Länder)	371	283,3	364,7
Kanada und Vereinigte Staaten	304,7	308,8	241,5
Argentinien	64	52	40
Asien (5 Länder)	100,8	109	104,5
Afrika (5 Länder)	31,6	24,7	27,3
Australien	27,2	43,9	24,6

Das ergibt für 1925 eine Gesamtweisernte von 899,3 Millionen Doppelzentnern gegenüber 881,7 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1924 und 802,6 Millionen Doppelzentnern im Durchschnitt 1900-1913. Dazu kommt Sowjetrußland, dessen Weizenanbau für 1925 auf 180 Millionen Doppelzentner angegeben wird. Dadurch steigert sich die Gesamtweisernte für die 39 wichtigsten Weizenländer in der Welt auf 1079,3 Millionen Doppelzentner gegenüber 925,7 Millionen Doppelzentner im Jahre 1924.

Die Roggenernte wird für 26 Länder mit 458,4 Millionen Doppelzentner angegeben gegenüber 357 Millionen Doppelzentner im Jahre 1924 und 442,5 Millionen Doppelzentner im Durchschnitt 1900-1913. Diese Ziffern sind nahezu vollständig. Sie umfassen etwa 98 Prozent der Gesamtweizenproduktion an Weizen und 99 Prozent der Roggen-

produktion. Das internationale Landwirtschaftsinstitut kommt im Verlauf seiner Untersuchungen auch zu dem Resultat, daß die diesjährige Getreideernte der Welt die größte Ernte darstellt, die jemals dagewesen ist. Als ob Mutter Erde Erbsen mit der notleidenden Menschheit gependel hätte.

Und trotzdem nagen Millionen dieser Welt am Hungertuche, und trotzdem zahlen wir höhere Brotpreise als vor dem Kriege und zu den Zeiten, wo der Ernteertrag nicht so groß und reich war wie in diesem Jahre. Nach den Berechnungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer zählten:

	November 1913	November 1925
1/2 kg Brot	0,14 Mt.	0,17 Mt.
1/2 kg Roggenmehl	0,15 Mt.	0,20 Mt.

Wir haben in der Welt Ueberfluß an Roggen. Allein in Deutschland wird der Roggenüberfluß auf mehr als 2 Millionen Tonnen geschätzt, und auf dem Weltmarkt weiß man nicht, wohin mit dem Roggen und dem Ernteertrag. Trotzdem aber hohe Preise, trotzdem Hunger und Elend allenthalben.

In diesen Tagen hat der Polizeipräsident von Bochum-Gelsenkirchen eine Rede gehalten, in der er furchtbare Tatsachen über die Verelendung der Massen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mitteilte. Der Polizeibezirk Gelsenkirchen-Bochum-Herne zählt 542 000 Einwohner. Davon sind 71 000 Personen fast ausschließlich auf öffentliche Unterstüßungen angewiesen, d. h. jeder neunte Einwohner wird aus öffentlichen Mitteln unterstüßt. In dieser Zahl sind nicht enthalten alle diejenigen, die von Renten leben oder nebenbei Unterstüßungen erhalten. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich auf 17 000, wozu noch 25 000 Familienangehörige kommen. Nicht enthalten sind in dieser Zahl die arbeitslosen Jugendlichen, die nach der gegenwärtigen Regelung keine Unterstüßungen erhalten. Weiter sind zu berücksichtigen Tausende von Kurzarbeitern. Ein Ende des Elends ist nicht abzusehen, da viele Arbeiter in Kündigung stehen. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, beweist die Situation in Gelsenkirchen, wo jeder siebente Einwohner aus öffentlichen Mitteln unterstüßt wird.

Aber die Ernte ist gut; sie ist so gut und so reichlich gewesen wie noch niemals. Sie reicht aus, um den Hunger aller zu stillen. Daß aber Millionen hungern, das ist der Widersinn der gegenwärtigen Welt- und Wirtschaftsordnung!

Die Maschine — aus Segen ein Fluch.

Es soll hier nicht über die freudlose Eintönigkeit der Maschinenarbeit, insbesondere der rein mechanischen, gesprochen werden, worüber menschenfreundliche Sozialpolitiker sich mit Recht Sorgen machen. Darüber nur soviel: die Massenproduktion, mögen wir diese Tatsache noch so sehr bedauern, wird angesichts des Druckes der immer zunehmenden Bevölkerungsvermehrung nicht mehr verhin- dert. Das ist einmal unser Schicksal, dem wir nicht zu ent- rinnen vermögen. Heilmittel gegen die seelentötende Ein- tönigkeit der Fabrikarbeit gibt es keine, es sei denn ver- zögerte Arbeitszeit und bessere Ausnützung der freien Zeit.

Ein neuer Alpdruck liegt aber auf den Fabrikarbeitern der Welt. Sie haben das Elend und die Not der Wirtschaftskrise noch nicht überwunden und nun droht ihnen bei be- ginnender Konjunktur dasselbe Schicksal, wie während der Wirtschaftskrise selbst: Arbeitslosigkeit und Kurzar- beit. Der Segen der Technik, die vollkommene Maschine, steht auf ihrer neuesten Entwicklungsstufe, wo sie

die Arbeit bis zu den kleinsten Einzelheiten automatisch allein verrichtet, im Begriff, Millionen von Arbeits Händen überflüssig zu machen. Diese neuen Erfindungen haben der modernen Technik beanspruchen keine gelernte Arbeit. Dar- aus folgt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für die Fabrik- arbeiter überhaupt, ganz besonders aber für die Ge- lernten, falls diese nicht geneigt sind, zu den Lohnsüßgen der Ungelernten weiter zu arbeiten. Wir stehen jetzt am Be- ginn einer neuen Entwicklung, deren Folgen unübersehbar sind. Das neue Lösungswort des Kapitals, vor allem in Amerika, aber auch auf Europa in immer weiterem Maße übergreifend, ist die arbeitssparende Maschine.

In der amerikanischen Zeitschrift der Schwerindustrie, „Iron Age“, die im übrigen eifrig für die arbeitssparende Maschine Propaganda macht, lasen wir kürzlich: „Die Pro- duktion hat sich von Juli 1914 bis Januar 1925 um 28 Prozent, für einzelne Produkte, wie Öl, Kohlen usw. um 34 Prozent gesteigert, der Beschäftigungs- grad aber nur um 6,8 Prozent.“ Dieselbe Zeitschrift stellt fest, daß gegenwärtig 29 Proz. der beschäftigten Ar- beiter auf Kurzarbeit gestellt sind. Andere Quellen be- richten darüber, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Ver- einigten Staaten gegenwärtig, zur Zeit der Konjunkt- ur, 2,5 Millionen beträgt. Die Bedeutung dieser Zahl ist um so größer, weil bekanntlich die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten seit Jahren außerordentlich ein- geschränkt ist. So war zum Beispiel die Eisen- und Stahl- produktion im März 1925 um 30 bis 40 Proz. größer als vor dem Krieg, und dennoch gab es dort eine Arbeitslosig- keit. Dies ist nur zum Teil durch organisatorische Fortschritte, zum größeren Teil aber durch die neuen arbeitssparenden Maschinen verursacht.

Ein amerikanischer Professor, Paré Winston, kündigt in der Zeitschrift „Atlantic Monthly“ den Untergang der ge- lernten Arbeit an. Seiner Behauptung zufolge können die Fertigkeiten für 45 Proz. aller Arbeitsposten in der Auto- mobilindustrie in einem Tag erlernt werden, 36 Pro- zent beanspruchen nicht mehr als eine Woche Lernzeit und nur 1 Proz. erfordert eine Ausbildung von mehr als einem Jahr. Die Ablösung der gelernten durch ungelernete Arbeiter tritt in der Stahlindustrie am meisten hervor. Die Arbeiter machen kaum mehr als Griffe an Hebeln, während das an- dere durch Dampf und Elektrizität verrichtet wird. Als die Stahlwerke Arbeiter brauchten, haben sie Mexikaner und Neger zugezogen. Der Baumwollpflanzler kann beinahe so- fort in einem Stahlwerk eingestellt werden.

Die gleichen Erscheinungen treten aber auch in Europa auf. Für englische Verhältnisse ist der jüngst ausgebrochene Konflikt im Baugewerbe bezeichnend: Es handelt sich dort darum, daß künstlich in Wohnhäuser aus Stahl nach einem neuen System gebaut werden sollen, das Facharbeiter zum größten Teil überflüssig macht. Die Organisationen der Bau- arbeiter bestehen darauf, daß die bei der Errichtung von Stahlhäusern beschäftigten Bauarbeiter nur zu den Löhnen, die für die Bauarbeiter tarifvertraglich festgesetzt sind, ar- beiten dürfen.

Der internationale Kongreß der Glasarbeiter in Prag im September 1924 beschäftigte sich mit der Arbeits- losigkeit der Glasarbeiter infolge der Einführung neuer Ma- schinen. Es wurde festgestellt, daß in England die mecha- nische Herstellung der Flaschen so weit fortgeschritten ist, daß in Schottland die Glasarbeiter ganzer Bezirke ent- lassen wurden. Derselbe Vorgang begann für Fenster- glas in Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei, für Fla- schen in Frankreich um sich zu greifen, auch in Deutschland ist durch Einführung amerikanischer Betriebsmethoden nam- hafte Arbeitslosigkeit in der Glasindustrie entstanden.

Was insbesondere Deutschland anbetrifft, so sind Bestrebungen zur Einführung arbeitssparender Maschinen hier ebenfalls vorhanden. In der erwähnten Zeitschrift „Iron Age“ (9. April) wird mitgeteilt, daß „die Kredit- gesuche deutscher Unternehmungen für lang- fristigen Kredit auf den Wunsch der letzteren, neue, arbeitssparende Maschinen zu kaufen, zurückzuführen sind.“

Der Generaldirektor der Reichseisenbahn hat erst kürzlich darüber einen Vortrag gehalten, wie in den Eisenbahn- werksstätten infolge der Einführung neuer Maschinen und Arbeitsmethoden ein erheblicher Teil der Arbeiter über- flüssig geworden ist. Die neuen Maschinen halten aber auch in die Bureaus, vornehmlich in die Banken ihren Ein- zug. Rechnende Schreibmaschinen, schreibende Rechenmaschi- nen, Loch-, Sortier- und Buchungsmaschinen werden ein- geführt. (Siehe den sehr lehrreichen Aufsatz in der „Frank- furter Zeitung“ vom 1. Mai, erstes Morgenblatt.) Angeblich werden in der Filiale und Depostenzentrale einer D-Bank mit Hilfe dieses Systems der Mechanisierung der Arbeit und der neuen Maschinen 70 bis 80 Proz. des Personals über- flüssig. Allein durch Einführung von Maschinen soll ein weiterer Abbau des schon verringerten Personals um 15 bis 25 Prozent (nach Schätzungen der Groß- banken) möglich sein.

Diese Beispiele sprechen deutlich genug für die Größe der Gefahr, die hier vorliegt. Wie soll ihr gesteuert werden? Der Beschluß auf dem internationalen Kongreß der Glas- arbeiter ist weitgehend: er fordert unter anderem die Rege- lung und Einschränkung sowohl der Benützung automatischer Maschinen wie der Errichtung von neuen Betrieben, des weiteren die Entschädigung der überflüssig gewordenen Ar- beiter, wozu die Industrie eine Ausgleichsstufe schaffen soll. Die mechanisch arbeitenden Betriebe sollen an diese besondere Beiträge abführen. Die umgewandelten Betriebe sollen in erster Linie die früheren Glasarbeiter, die sonst ihre Be- schäftigung verlieren würden, einstellen.

Der Bericht der Untersuchungskommission der eng- lischen Arbeiterpartei über die „Vergeubung im Kapital- ismus“ beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der ar- beitssparenden Maschinen und stellt fest, daß die Gewerkschaften gegen die Einführung derselben keinen Widerstand leisten. Es wäre eine müßige und unnütze Sache — sagt der Bericht — sich dem Fortschritt der Er- findungen zu widersetzen. Die Gewerkschaften müssen aber verhindern, daß die Arbeiter unter der Einführung neuer Ma- schinen leiden und die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Auf diesem Gebiet haben die Gewerkschaften vor allem die Aufgabe der Neuverteilung der Arbeitskraft, um die über- flüssigen Arbeitskräfte in neue Bahnen zu lenken. Was aber den einzelnen Arbeiter als solchen anbelangt, — so heißt es in dem Bericht — so kann es nicht wundernehmen, wenn er die Neuerungen, die seine Stellung gefährden und ihn mit dem Verlust seiner Beschäftigung bedrohen, mit Mißtrauen betrachtet. Er kann nicht damit verträglich wer- den, daß diese Neuerungen letzten Endes mehr Arbeits- gelegenheit schaffen werden. Er kann nicht warten, bis dies einmal erfolgt. Sein Mißtrauen würde nur schwinden, wenn ihm der Lohn, wie es bei den Baugilden geschah, für jeden Fall unvermindert Arbeitsunmöglichkeit gesichert würde.

Diese hier geschiedenen Stellungnahmen sollen nur zur Andeutung des gewerkschaftlichen und weitergehend des großen sozialen Problems, das hier vorliegt, dienen. Diese Fragen werden noch ausführlich behandelt werden müssen. Es soll aber auch auf den internationalen Charakter des Problems hingewiesen werden. Die Ein- führung der arbeitssparenden Maschinen in den verschiedenen Ländern gleicht im internationalen Konkurrenzkampf der Wett- rüstung der Armeen — rüstet das eine Land, so fühlt sich das andere bedroht und glaubt ebenfalls rüsten zu müssen. Kann in diesem Wettkampf Abhilfe geschaffen wer- den, so muß dies auf Grund internationaler Ver- einbarungen erfolgen.

Eine weitere volkswirtschaftliche Untersuchung des Problems führt uns zur Prüfung der Gesamtlage, aus der die Einführung arbeitssparender Maschinen entspringt. Das Kapital will nicht Arbeit, sondern Löhne sparen, da- mit sein Profit gesteigert wird. Was folgt aber daraus? Nicht die bessere Versorgung der Bevölkerung dank einer verbilligten und vergrößerten Produktion, wie sie sich durch die erweiterte Maschinenarbeit ergeben müßte. Denn bei

Vorläufiger Bericht über die Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

IV.

Detroit, wo sich die größten Automobilwerke von Ford befinden, war das nächste Ziel, das, um nicht viel Zeit zu ver- loren, durch Nachfahrt erreicht wurde. Ueber die hier ge- wonnenen Eindrücke wird gleichfalls im Hauptbericht berichtet werden. Durch Uebersetzen über den Fluß erreicht man die Stadt Windsor, man befindet sich dort auf kanadischem Boden. Kanada gehört nicht mehr zu den Vereinigten Staaten, es hat selbständige Verwaltung. Kanada hat auch keine Prohibition mehr. Nur im Grenzstaat Ontario ist nur Bier mit einem Alkoholgehalt von 2 1/2 Proz. freigegeben. In den übrigen Staa- ten gibt es alle Alkoholgetränke. Es war angesichts dieses Maßstabes für mich sehr verlockend, kanadischen Boden zu be- treten, um von dort Eindrücke über die Schanfflättchenverhältnisse mit nach Deutschland zu nehmen. Wir ließen uns überlegen und belagerten auf kanadischem Boden kleinere Schwierigkeiten, nach- dem wir den Preis unserer Einreise dargelegt und versprochen hatten, nur einige Stunden in Kanada zu bleiben. Dagegen wurde, besonders in, bei der Rückkehr auf amerikanischer Seite ein etwas härteres Verhör unterzogen. In Detroit wurden aus Stücken über die Hausbrauerei, Hausbrennerei und Haus- beschlüssen gemacht.

Die Besuche von Cleveland und von Boston mußten aus- fallen.

In Buffalo wurde noch eine Mühle besichtigt und ein Stück der hier in Amerika liegenden Weltwander, der etwa 20 Kilometer von Buffalo entfernte Niagara Wasserfall, angeseht. Hier fließt der Niagarafluß an drei Stellen etwa 75 Meter unter höchstem Gefälle und unter Entwicklung von riesigen Wehrläufen ab, um in der Tiefe sofort wieder als flink fließender Fluß fortzusetzen. Auch dieses Naturspiel kann als einzig in seiner Art in der Welt bezeichnet werden.

Nach weiterer überaus schöner Fahrt wurde am 8. No- vember eine der größten Messen, Philadelphia, er- reicht. Auffällig bei der Ankunft war mir, daß alle Lokale ge- schlossen waren. Der Staat Pennsylvania, wozu Philadelphia hier, hat seit mehreren Jahren überaus hohe Sonntagspreise ein- geführt, die den Handel und Wandel fast zu schädigen geeignet

sind. In Philadelphia hatte ich mir vorgenommen, Studien im kleinen und hinterherum zu sammeln. Durch die freundliche Unterstützung des Kollegen Vogel habe ich guten Einblick ge- wonnen, wie die Prohibition geübt und umgangen wird und auch bestätigt gefunden, daß, je stärker auf Seiten der mit der Durchführung der Prohibition betrauten Behörden der Druck ausgeübt wird, um so mehr und augenfälliger das Gesetz um- gangen und um so mehr mit dem Alkohol Mißbrauch getrieben wird.

Soweit die Delegierten der deutschen Gewerkschaften nicht schon am 10. November von New York abgereist waren, trafen sich dieselben in der Woche zwischen dem 8. und 14. November in New York wieder. Hier war auch für mich bis jetzt noch manches Unzulebige nachzusehen. Auch Vorbereitungen zur Rückreise zu treffen, die am 17. November angetreten wurde. Ich nahm noch die Gelegenheit wahr, die größte Gießfabrik der Welt in Pексвилл, 70 Kilometer nördlich von New York gelegen, zu besichtigen.

Der während der 53tägigen Anwesenheit in Amerika gewon- nene Eindruck ist gewaltig. Amerika heißt mit Recht für den Europäer die Neue Welt. Das Hasten und Treiben, die massi- gen Hochhäuserkomplexe, die fabelhaft wirkende Lichtreflexe in den Städten und der riesenhafte Automobilverkehr in den Straßen läßt dem Deutschen beim Betreten amerikanischen Bodens Mund, Ohren und Augen aufsperrn. Die Arbeits- weise in Amerika ist die ausgefeilteste und bestorganisierteste. Es herrscht allgemein das Bestreben, Arbeiten nicht durch Menschenhände primitiv verrichten zu lassen, was durch Maschinen ge- schehen kann. Nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Hauswirtschaft bleibt Amerika noch auf unübersehbare Zeit das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, aus dem auch die Arbeiterschaft Amerikas derzeit noch profitiert.

Aber in einem konnte ich die Kurzsichtigkeit der amerika- nischen Regierung und Verwaltung nicht begreifen, nämlich, daß sie nicht schon längst Schritte unternommen hat, der un- glücklichen Prohibitionsgesetzgebung ein Ende zu machen. Ohne auf diese Sache an dieser Stelle näher einzu- gehen, soll aber gesagt werden, daß nach meinen Beobachtungen heute in den Vereinigten Staaten Amerikas mehr abso- luter Alkohol genossen wird, als je in einem anderen Lande; entschieden mehr als in Deutschland. Auf die bezüglich der Pro-

hibition gemachten Erfahrungen und Beobachtungen komme ich im Gesamtbericht eingehend zurück.

Um auch mit den Kollegen in Berührung zu kommen, hatte ich mir von vornherein vorgenommen, in einigen Versammlungen zu den amerikanischen Kollegen zu sprechen. Es haben insgesamt an 11 Orten Versammlungen stattgefunden, und zwar in Chi- cago, Milwaukee, St. Paul, Minneapolis, San Francisco, Los Angeles, Kansas City, St. Louis, Buffalo, Philadelphia, New York und Brooklyn.

Um ein Bild von der Größe des Landes zu geben und um zu zeigen, daß es sich bei der Amerikareise tatsächlich um keine Vergnügungstour handelte, sondern angestrengte Arbeit geleistet werden mußte, soll noch gesagt werden, daß die 48 Staaten etwa 15mal so groß sind wie das Deutsche Reich. In den 53 Tagen, die in Amerika zugebracht worden sind, mußten, um die Mission überhaupt erledigen zu können, 14 Nächte im Eisenbahnwagen verbracht werden. In 264 Stunden wurden 13 748 Bahnkilo- meter abgefahren.

Sobiel kann aber nach Erledigung der Mission bestimmt gesagt werden, daß Reisekosten, Zeit und Strapazen sich im Inter- esse unseres Verbandes werden gelohnt haben. Wenn der Er- folg der Reise auch nicht sofort voll augenfällig werden sollte, so wird der Verband doch auf lange Zeit aus dem persönlich Wahrgenommenen nach mancher Richtung zehren können.

Wenn ich die mir gestellte Aufgabe überhaupt erledigt habe, so nur dadurch, daß der amerikanische Bruderverband und seine einzelnen Ortsverbände ihren Stolz darin gesetzt haben, mich bei der Erledigung meiner Aufgaben größtmöglichst zu unter- stützen. Eine besondere Belohnung verlangen unsere amerika- nischen Kollegen für die von ihnen gezeigte Bereitwilligkeit und Unterstüßung nicht. Nur haben sie mir auf den Weg mit- gegeben, daß die deutsche Brauindustrie und die deutsche Brauerei- arbeiterchaft alles tun möge, um zu verhindern, daß auch in Deutschland ein Alkoholverbot Gesetz wird. Ich kann hinzu- fügen, daß das amerikanische Alkoholverbot mit seinen Wirkun- gen auf Deutschland übertragen, hier nicht weniger moralische, sittliche, kriminelle und gesundheitliche Schädigungen bringen würde, wie das in Amerika sich augenfällig zeigt. Die fünf Jahre Totalalkoholverbot bedeutet die moralische Degeneration einer Generation. Deutschland mit seiner zerstückelten Wirtschaft vermag solche Experimente viel weniger zu ertragen als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. E. Badert.

der Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und bei den niedrigen Löhnen und Gehältern kann die Bevölkerung die erzeugten Waren nicht aufnehmen, was zur dauernden Ueberproduktion und damit zur ständigen Krise führt. Schon deshalb ist eine staatliche Lohnpolitik, die die Kaufkraft der Bevölkerung heben soll, unbedingt nötig. Des weiteren geht die Kapitalbildung in der Industrie infolge der schlechten Löhne und hohen Preise im Verhältnis zur Verbrauchsfähigkeit zu rasch vor sich. Die Unternehmer sind daher in der Lage, immer größere Kapitalien in Maschinen anzulegen. Die Anschaffung der neuen Maschinen durch überraschende Kapitalbildung geht aber mit der Verelendung der Massen einher. Auch von dieser Seite gesehen ist eine neue Politik der Verteilung, die eine zu rasche Kapitalbildung unterbindet, erwünscht. Die arbeitssparende Maschine könnte ein großer Vorteil sein, ja eine Wohltat sein, wenn die dadurch überflüssig werdenden Arbeitskräfte in der Produktion verwertet, beziehungsweise in andere Produktionszweige übergeführt werden könnten. Die Produktionspolitik des Hochkapitalismus, des Monopolkapitals mit seinen Produktionsbeschränkungen und seiner Kapitalausfuhr steht aber einer gleichmäßigen Erweiterung der inländischen Produktion unter Schonung der inländischen Verbrauchsfähigkeit entgegen. Das Problem der arbeitssparenden Maschinen fügt sich also in den Kampf gegen das Monopolkapital ein. Auf diese Weise macht auch die neue arbeitssparende Maschine die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft an einer besonders wunden Stelle sichtbar.

Das amerikanische Alkoholverbot.

Kurt Selig, der an der Amerikareise teilgenommen hat, schreibt von seinen Beobachtungen über die obige Frage aus Buffalo an der kanadischen Grenze:

Wie ist nun der Tatbestand in den Vereinigten Staaten? Ausdrücklich sei hier bemerkt, daß wir nur Angaben machen, die wir hier in den Vereinigten Staaten selbst nachprüfen, über die wir uns persönlich unterrichten.

Das Brauerkapital war in den Vereinigten Staaten bis zur Einführung der allgemeinen Prohibition — 1919 — in weitem Umfange im Besitze deutscher Familien. Die amerikanischen Banken hatten wenig Einfluß gewinnen können. Die Antialkoholpropaganda bekam so auch einen Vollblut-Amerika-Einschlag. Noch heute spielt man hier überall einen Film gegen die Deutschamerikaner, die während des Krieges nicht hundertprozentig amerikanisch zu empfinden vermochten, in dem das deutsche Bierlokal als Szenerie und der Alkohol als Ueberredungs- und Bestechungsmittel eine große Rolle hat. Dann haben sich gewichtige Konjunktur-Industrien im besonderen in der Nachkriegs-Krise — überdies auch jetzt noch — für eine hohe Kaufkraft der breiten Massen und damit alkoholgegnerisch stark engagiert. Dazu kommt die Tatsache, daß eine ganze Reihe amerikanischer Bundesstaaten schon länger mehr oder weniger scharfe alkoholgegnerische Gesetze besitzen. Außerdem haben selbstverständlich bei vielen Anhängern der Prohibitionsbewegung die allgemeinen volksgesundheitlichen und kulturellen Momente mit den Ausschlag gegeben. Und zuletzt — was dem einen seine Gule ist, ist des andern Nachteil — waren und sind die mächtig im Aufschwung befindlichen Obst- und Fruchtfarmbetriebe und deren Transport- und Verarbeitungsindustrien Alkoholgegner.

Wie sieht es nun jetzt aus? Betrachten wir die Tatbestände vorerst von außen.

Es wird nur noch Dünnbier verschänkt. Die ganz großen Brauereien, wie zum Beispiel der Anheuser-Busch-Konzern, müssen auch dabei verdienen; denn sie machen immerhin nicht unerhebliche Lichtreklame. Die vielen Salons — unsere Kneipen — sind verschwunden. Die Restaurants und sonstigen Etablisse scheinen auch weiter trotz Gratis-Eiswasser gute Geschäfte zu machen. Das Essen ist bei ihnen allerdings meist nicht allzu billig. Die Limonadenläden und die Eiscreeamschops, in denen häufig mit Hilfe raffinierter, technischer Einrichtungen zehn bis dreißig Sorten Eisgetränke und Speiseeisachen gemixt werden, sehen recht wohlhabend aus. Tatsache ist ja auch, daß dieser Alkoholverbot nicht billig ist. Einfachste Fruchtlimonade wird mit 10 bis 15 Cents (42 bis 61 Pf.) bezahlt, nur ganz billige Limonadenbuden geben auch zu 5 Cents (21 Pf.) ein Bier-schnittglas Limonade ab. Die „gemixten“ Eisgetränke kosten je nach den Zutaten (Ei, Schokolade usw.) 20 bis 35, ja auch 40 Cents (1 Cent = 4.2 Pf.). Das ist nicht billig, wenn berücksichtigt wird, daß hier in den Vereinigten Staaten ein Pfund (454 Gramm) Fleisch — gute Qualität — mit 25 bis 35 Cents bezahlt wird. Die Preise sind örtlich verschieden.

Aber schon bei näherem Hinsehen entdeckt man, daß — auch in den Arbeiterquartieren — der Betrunkene aus dem Straßenbild nicht verschwunden ist. Beschäftigt man sich eingehender, so wird das Bild immer dunkler.

Die Gegner der Prohibition behaupten, daß die allgemeine Trunksucht nicht nur gestiegen, sondern auch für die Volksgesundheit gefährlicher als früher, vor dem Alkoholverbot, geworden sei. (Diese Behauptung konnte nicht nachgeprüft werden, da Zahlen nicht zu erlangen waren.) Die allgemein verbreitete, geheime Schnapsbrennerei unterliegt naturgemäß keiner Qualitätskontrolle. Wir bekamen selbst verschiedentlich Giftzeug vorgezeigt. Weiter wird von einer allgemeinen Untergrabung der Staatsmoral gesprochen. Es ist richtig, daß viele Amerikaner eine Art Sport darin sehen, die ihnen gesetzlich auferlegte Beschränkung ihrer Freiheit unter allen Umständen zu umgehen. Der Alkoholschmuggel, im besonderen von Kanada her, hat riesenhafte Dimensionen angenommen. Es müssen in ihm erhebliche Kapitalien festgelegt sein. Aber auch die Geheimbrennerei wird im großen betrieben. Die Nachrichten über entdeckte Brauereien, Brennereien und Bier- und Schnapslokale sind alltäglich in den Zeitungen zu finden. Gerade heute, da wir dies schreiben, berichten die Zeitungen von Buffalo, daß gestern eine Geheimbrauerei ausgehoben worden sei mit einem zum Abtransport bereitstehenden Biervorrat von 2600 Gallonen (eine Gallone = 4,62 Liter), also über 12 000 Liter Bier! Der Betrieb dieser beschlagnahmten Brauerei reichte für eine Belieferung von 100 Salons aus. Es ist mir in all den Städten, die ich besuchte, überreichlich Gelegenheit zum Trinken geboten gewesen. Teilweise handelte es sich dabei um öffentliche Lokale, von der

Straße aus jedem zugänglich. Die Besucher dieser Lokale gehörten allen Ständen an. Es wurde ganz offen zugegeben, daß die Existenz dieser Alkoholausschänke nur durch erhebliche und regelmäßige Bestechungen möglich ist.

Aber auch in den Familien wird jetzt viel Bier gebraut. Aus dem Schwerarbeiterdistrikt berichtete uns ein zuverlässiger, sachlich denkender Gewerkschaftler, daß es dort und auch sonst üblich sei, am Wochenende beim Kaufmann die notwendigen Ingredienzien — Gerste, auch fertiges Malz und sonstige Zutaten — neben den übrigen Wirtschaftsbedürfnissen durch die Hausfrau telephonisch einfach mitzubestellen. Dies so hergestellte Bier entspricht nicht unserm Bier, aber der Alkoholgehalt ist zweifelsfrei.

Die Schnapsflasche für die hintere Hofentasche ist hier allgemein in den Läden — auch bei den Juwelieren — ausgedellter Verkaufsgegenstand.

Die Preise der alkoholischen Getränke liegen zwischen dem Fünf- bis Achtfachen, ja auch Neun- und Zehnfachen der Vorprohibitionspreise.

Volkswirtschaftlich scheint also gegenüber der Zeit vor dem Alkoholverbot keine Ersparnis eingetreten zu sein. Was weniger getrunken wird, wird teurer bezahlt.

Richtig bleibt dennoch, daß nicht unerhebliche Kreise heute keine oder nicht nennenswerte alkoholische Getränke konsumieren, einfach weil sie schwieriger zu erlangen sind, weil sie teurer sind, weil ihre Qualität häufig fragwürdig ist, weil es sich um eine Gesetzesübertretung handelt, und mitunter wohl auch aus Ueberzeugung.

Ebenso richtig ist, daß manche Kreise vom Bier zum Schnaps übergegangen sind. Bier ist voluminöser, schwerer zu schmuggeln. Wo getrunken wird, da wird für unsere Begriffe häufig, eilig getrunken. Aber das soll schon immer amerikanische Sitte gewesen sein.

Das heimliche Trinken wird durch die zahlreichen Mitwisser im allgemeinen ohne weiteres geduldet, ja häufig unterstützt.

Nach den Erfahrungen, die wir in Amerika gemacht haben, scheint die Prohibition, das absolute Alkoholverbot, ein menschlich-edler Gedanke, aber praktisch eine Selbsttäuschung zu sein...

Die Sozialversicherung im Jahre 1924/25.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt eine Denkschrift über die Sozialversicherung im Jahre 1924/25 veröffentlicht. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang mit dem erbitterten Streit über die Höhe der Soziallasten in der deutschen Wirtschaft und beweist, daß die von Unternehmerseite veröffentlichten Zahlen stark übertrieben sind. Vor allen Dingen wird auf Unternehmerseite übersehen, daß die Voraussetzungen für die soziale Fürsorge in der deutschen Wirtschaft wesentlich andere sind als im Jahre 1913.

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums beträgt der Gesamtaufwand für die Sozialversicherung im Jahre 1925 rund 2343 Millionen. Im Jahre 1924 belief er sich auf 2016 Millionen und im Jahre 1913 auf 1431 Millionen Mark.

Die Denkschrift geht dann auf die einzelnen Versicherungsarten ein. In der Invalidenversicherung mußten im Jahre 1925 1 600 000 Invaliden, 200 000 Witwen und 1 300 000 Waisen versorgt werden. Gegenüber 1913 ist festzustellen, daß die Zahl der Versorgungsberechtigten stark angestiegen ist. Im Jahre 1913 waren zu versorgen 1 030 000 Invaliden, 120 000 Witwen und 400 000 Waisen. Der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung betrug 1924 rund 100 Millionen; man schätzt ihn für das laufende Jahr auf mindestens 150 Millionen. Die Ausgaben für Renten machten im Jahre 1924 ohne Reichszuschuß 257 Millionen Reichsmark aus; werden die übrigen Leistungen berücksichtigt, so kommt man auf eine Gesamtausgabe in Höhe von 310 Millionen Mark. Im Jahre 1925 wird nach dem bisherigen Stande ein Rentenaufwand von 370 Millionen Mark eingeseht. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahl der neu hinzukommenden Invalidenrenten die der wegfallenden Renten stark übersteigt, und zwar um 140 000 bis 150 000 pro Jahr.

Die Krankenversicherung umfaßte im Jahre 1913 rund 14,4 Millionen Personen, 1922 aber 20 Millionen Personen. Für 1924 werden 19 Millionen Versicherte angegeben. Der Gesamtaufwand wurde bei den Krankenkassen für 1924 auf 750 Millionen Mark geschätzt. Jedoch wird behauptet, daß die Schätzung in der Wirklichkeit weit überschritten worden ist. Genaue Angaben stehen bis jetzt noch nicht fest. Den Ausgaben stand für 1924 ein Beitragsaufkommen in Höhe von 961 Millionen Mark gegenüber. Der Zuschuß des Reiches zu den Kosten der Familienwochenhilfe betrug 1914 rund 10 Millionen Mark. Für 1925 werden rund 20 Millionen Mark angegeben.

In der Angestelltenversicherung wurden am 1. Januar 1921 rund 25 771 Renten gezahlt, am 1. Januar 1924 45 285 und am 1. Oktober 1925 77 133. Da gegenwärtig im Monat rund 1600 Ruhegelder bewilligt werden, rechnet man im Jahre 1932 mit 90 000 Empfängern von Ruhegeldern und mit insgesamt 180 000 Rentenempfängern. Für das Jahr 1925 wird eine Beitragseinnahme in Höhe von 175 Millionen Mark erwartet. Die Ausgaben für Renten, Heilverfahren, Verwaltung usw. betragen im Jahre 1924 rund 30 Millionen Mark. Im Jahre 1925 dagegen 67 Millionen Mark. Für 1926 rechnet man mit einer Steigerung auf 100 Millionen Mark.

Die Unfallversicherung umfaßt 78 000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten. Dazu kommen noch die Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden, für die 900 000 Versicherte angegeben werden. Gegenwärtig werden 600 000 Verletztenrenten und 120 000 Renten für Hinterbliebene gezahlt. Der Gesamtaufwand wird für 1925 auf 191,6 Millionen geschätzt. Im Jahre 1924 waren es 150,4 Millionen und 1913 228 Millionen.

Die Einnahmen in der Erwerbslosenfürsorge werden für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 mit 246 Millionen Mark angegeben. Ihnen stehen Ausgaben in Höhe von 249,8 Millionen Mark gegenüber. Für das Kalenderjahr 1925 werden die Ausgaben auf 230 Millionen Mark geschätzt. Darin sind die Kosten der Arbeitsnachweise nur soweit enthalten, als sie die Verwaltungskosten der Erwerbslosenfürsorge darstellen.

Das Washingtoner Uebereinkommen über den Achtfundentag.

Angenommene Ratifikationen.

Die nachstehend geben wir die Länder, welche das Washingtoner Uebereinkommen ratifiziert haben und das Datum der Eintragung der Ratifikation beim Generalsekretär des Völkerbundes:

Oesterreich (12. Juni 1924), Bulgarien (14. Februar 1922), Chile (15. August 1925), Griechenland (19. November 1920), Indien (14. Juli 1921), Italien (6. Oktober 1924), Lettland (15. August 1925), Rumänien (13. Juni 1921), Tschecho-Slowakei (24. August 1921).

Unter diesen Ratifikationen befinden sich drei bedingte.

Nach dem Wortlaut der von Oesterreich mitgeteilten Ratifikation tritt das Uebereinkommen in diesem Lande erst in Kraft, wenn „es von den wichtigsten europäischen Industriestaaten, welche Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation sind (Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien) und von den an Oesterreich grenzenden Staaten, welche mit Oesterreich wirtschaftliche Beziehungen pflegen (Ungarn, Polen, Jugoslawien, Schweiz, Tschecho-Slowakei) ratifiziert worden ist“.

Der Wortlaut, nach welchem die italienische Regierung zur Ratifizierung ermächtigt wird, sieht vor, daß das Inkrafttreten dieser Ratifikation der „bedingungslosen Ratifikation... des Uebereinkommens durch folgende Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation: Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Schweiz“ abhängig gemacht wird.

Schließlich hat die lettische Regierung vorgeesehen, daß das Uebereinkommen in Lettland erst nach der Ratifizierung der drei Staaten, „denen im Sinne des Artikels 393 des Vertrages von Versailles die größte industrielle Bedeutung zukommt“, ratifiziert wird.

Empfohlene Ratifikationen.

Bis heute haben zehn Staaten ihre Parlamente mit Vorschlägen über die Ratifikation des Uebereinkommens befaßt. Nachfolgend sind diese Staaten sowie das Datum der Vorlegung von Gesetzesentwürfen oder anderen Ratifikationsvorschlägen vor der gesetzgebenden Körperschaft wiedergegeben:

Argentinien (17. September 1920), Belgien (24. Juli 1925), Brasilien (1920), Dänemark (3. Dezember 1924), Spanien (9. Juli 1923), Estland (26. September 1924), Frankreich (31. Juli 1924), Litauen (August 1922), Polen (26. Juli 1921), Uruguay (11. September 1925).

Unter diesen Vorschlägen befinden sich zwei bedingte Ratifikationen.

Der von der estnischen Regierung der Landesversammlung vorgelegte Gesetzesentwurf sieht vor, daß das Uebereinkommen in Estland erst in Kraft tritt, wenn „die Staaten, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt, und welche Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation sind, und zwar: Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien sowie die an Estland grenzenden Staaten: Finnland, Lettland und Litauen“ das Uebereinkommen ratifiziert haben.

In Frankreich hat sich die Kammer der Abgeordneten am 8. Juli 1925 einstimmig mit 545 Stimmen für den Gesetzesentwurf ausgesprochen, nach welchem die Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens ermöglicht wird, vorbehaltlich der Ratifikation durch Deutschland. Dieser Gesetzesentwurf liegt augenblicklich dem Senat vor.

Die belgische Regierung hat der Abgeordnetenkammer am 24. Juli 1924 einen Gesetzesentwurf zum Zwecke der bedingungslosen Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens vorgelegt.

In Großbritannien ist der von der Arbeiterregierung seinerzeit eingebrachte Gesetzesentwurf, der die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens empfiehlt, abgelehnt worden. Der englische Arbeitsminister hat sich jedoch bereit erklärt, sich mit den Arbeitsministern der übrigen wichtigen Industrieländer ins Benehmen zu setzen zum Zwecke der Herbeiführung der gemeinsamen Ratifizierung dieses Uebereinkommens und einer einheitlichen Auslegung seiner Bestimmungen.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, die am 28. November 1925 unter der Leitung des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, stattfand, wurde der Beschluß gefaßt, das Kapital der Bank von 750 000 Rmk. auf 4 000 000 Rmk. zu erhöhen. Der weitaus größte Teil des erforderlichen Neukapitals war bereits seitens der bisherigen Aktionäre sowie der Konzentration A.-G., Berlin, und des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V., Charlottenburg, vor Beginn der Sitzung gezeichnet. Eine Reihe von Verbänden hatte sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten, so daß es wohl keinem Zweifel unterliegt, daß die volle Summe in Kürze übernommen sein wird.

Aus dem Bericht der Verwaltung ist erfreulicherweise festzustellen, daß unser Bankinstitut im Jahre 1925 eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen hat. Gegenüber dem Ende des Vorjahres ist fast eine Verdreifachung der Einlagen zu verzeichnen. Der Geschäftsumfang als solcher hat außerordentlich zugenommen und auch die Gewinne der Bank sind, soweit man heute bereits darüber urteilen kann, als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen.

Mit lebhafter Genugtuung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die in Hamburg Anfang September d. J. eingerichtete Filiale sich den gehetzten Erwartungen entsprechend bisher entwickelt hat und auch nach dem Stand ihrer Depositen usw. für die Zukunft Erfolg verspricht.

Die Verwaltung sprach ihren ganz besonderen Dank den Ortsauschüssen des ADGB in München, Frankfurt a. M. und Regensburg aus für die verständnisvolle Mitarbeit an dem Ausbau der Bank, die sie durch die Einrichtung eines örtlichen Zahlverkehrs übernommen haben. Sie wies darauf

hin, daß gerade solche Mitarbeit die günstige Entwicklung zu fördern besonders geeignet sei.

Der neu aufgenommene Sparverkehr ist noch in der Entwicklung begriffen, indes scheint sich auch hier bereits bei der Mehrzahl der Ortsausschüsse sowie der Ortsverwaltungen die Geneigtheit zur tatkräftigen Unterstützung der Bank zu zeigen, wie mit Dank seitens der Verwaltung anerkannt wurde.

Im Anschluß an die durch die Kapitalerhöhung notwendigen Verhandlungen und Beschlüsse berichtete Meyer, auf einen aus der Mitte der Versammlung geäußerten Wunsch über die Einbürgerung, die er gelegentlich seiner Reise nach Amerika mit der Gewerkschaftsdelegation gewonnen hat. Als stärkster Eindruck läßt sich danach feststellen, daß zwar die Amerikaner in technischer und organisatorischer Hinsicht hier und da überlegen sind, daß aber, alles in allem, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Berlin, ihren amerikanischen Schwesterinstituten durchaus ebenbürtig ist.

Notstandsmaßnahmen

für ausgesteuerte Erwerbslose und von der Erwerbslosenfürsorge nicht erfasste Angestellte.

Amlich wird bekanntgegeben:

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuß des Reichstages einen Betrag von 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um die Bezirksfürsorgeverbände in die Lage zu versetzen, solchen Erwerbslosen eine Sonderunterstützung zu gewähren, die entweder länger als sechs Monate ausgesteuert sind, ohne einen neuen Arbeitsplatz gefunden zu haben, oder als Angestellte, die wegen der Höhe ihres früheren Einkommens von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind, länger als sechs Monate stellenlos waren. Der zur Verfügung gestellte Betrag soll also ausschließlich zugunsten dieser Personen dienen und ihnen auf dem Wege der öffentlichen Fürsorge durch die Dienststellen der Bezirksfürsorgeverbände zugute kommen. Dabei soll die Frage der Hilfsbedürftigkeit mit Wohlwollen geprüft und je nach den Verhältnissen des Einzelfalles Hilfe in Geld- oder Sachleistungen gewährt werden.

Die von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten 5 Millionen Mark werden auf die Länder nach einem Schlüssel verteilt, der die Zahl der zurzeit unterstützten Erwerbslosen in ihrem Verhältnis zur Einwohnerzahl berücksichtigt. Das Wohlfahrtsamt wird daher nur einen Bruchteil dieser Summe zur Verteilung bringen können.

Personen, bei denen die Voraussetzung gegeben ist, daß sie als Erwerbslose länger als sechs Monate ausgesteuert oder als Angestellte länger als sechs Monate stellenlos sind, und die bedürftig sind, können sich in der Wohlfahrtsstelle des Stadtkreis, in dem sie wohnen, melden und entsprechenden Antrag stellen. Das Wohlfahrtsamt hat im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Organisationen Richtlinien für die Durchführung dieser Notstandsmaßnahmen beraten, nach denen mit irgend möglicher Beschleunigung Beihilfen gewährt werden sollen, die sich aber in ihrer Höhe nach der klaren Anweisung der Reichsregierung durchaus nach der Sonderlage des Einzelfalles richten müssen. Es sollen in erster Linie diejenigen berücksichtigt werden, die noch nicht das Wohlfahrtsamt in Anspruch genommen und noch nicht etwa schon innerhalb der letzten sechs Monate größere einmalige Beihilfen erhalten haben.

Alle Mittelungen, die über eine bestimmte Höhe der zu gewährenden Unterstützung durch die Presse gegangen sind, gehen von irrigen Voraussetzungen aus.

Neuregelung des Kraftfahrzeugverkehrs!

Durch Verordnung vom 5. Dezember über Änderungen der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die mit dem 29. Dezember in Kraft getreten sind, sind umfangreiche und einschneidende Änderungen und Neuerungen der bisherigen Vorschriften vorgenommen worden, deren Beachtung für die Besitzer von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrer erforderlich ist, wenn sie sich vor Strafen schützen wollen. Nachstehend folgen auszugswweise die hauptsächlichsten neuen Vorschriften:

1. Es werden künftig keine Verbrennungs- und Dampfmaschinen mehr zugelassen, bei denen die Abführung der Verbrennungsgase oder des Dampfes nicht unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel geschieht. Das Ende des Auspuffrohrs darf nicht nach abwärts gerichtet sein. Die Anbringung von Auspuffklappen und anderen Vorrichtungen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen oder auszuhebeln, sind verboten. Diese Bestimmungen finden auf die bereits in Betrieb befindlichen Kraftfahrzeuge mit der Maßgabe Anwendung, daß sie bis zum 1. März 1926 entsprechend abgeändert sein müssen. In der Ubergangszeit ist das Öffnen noch vorhandener Auspuffklappen verboten.

2. Rollsummereifen von Kraftfahrzeugen mit einem Eigengewicht von über 25 Tonnen und einer Höchstgeschwindigkeit von über 15 Kilometer in der Stunde müssen auch in abgenutztem Zustand über 50 Millimeter stark sein.

3. Kraftwagen müssen an der linken Seite mit einem Rückspiegel versehen sein. Für beleuchtete Fahrlichtsignale darf nur gelbes Licht verwendet werden.

4. Der Führer eines Kraftwagens ist für belästigende Geräusch, Rauch, Dampf- oder üble Geruchsentwicklung unter allen Umständen verantwortlich.

5. Führer von Zugmaschinen ohne Güterladerraum von einem betriebsfertigen Eigengewicht von über 3,5 Tonnen und einer Höchstgeschwindigkeit von über 15 Kilometer in der Stunde sowie von über 2,5 Tonnen und von mehr als 8 Kilometer Stundenleistung benötigen eines Führerscheines der Klasse II.

6. Kleinkraftwagen sind ab 1. März 1926 wieder anmeldepflichtig und unterliegen dem Kennzeichenzwang. Als Kleinkraftwagen gelten von diesem Zeitpunkt an solche Wagen, deren Steuerleistung bei einem Außendurchmesser der Räder von mehr als 40 Zentimeter 0,7 Pferdestärken, bei kleinerem Außendurchmesser 0,9 Pferdestärken nicht übersteigt.

Arbeitsrecht.

Der Betriebsrat bleibt im Amt, bis ein neuer gewählt ist. — Entschädigung für fristlose Entlassung.

Die Mühle Rünigen hatte gegen die im März stattgefundene Betriebsratswahl Einspruch erhoben und beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären, weil:

- 1. Verstöße gegen die Wahlordnung vorliegen;
2. weil die Mitglieder des Betriebsrats Albert und Ludwig Fischer nicht die Wahlbarkeit besitzen.

Die Verstöße gegen die Wahlordnung wurden darin erblickt, daß das Wahlschreiben wie in den Vorjahren nur an einer Stelle im Betrieb ausgehängt hat. Die Angestellten erklärten, daß sie von der Betriebsratswahl nichts gewußt hätten, weil sie wenig oder gar nicht nach der Expedition kämen, wo an einer Tafel das Wahlschreiben hing.

Bezüglich der Wahlbarkeit der Mitglieder Ludwig und Albert Fischer machte die Mühle geltend, daß beide zwar sechs Monate im Betriebe beschäftigt sind, aber noch keine drei Jahre im Beruf tätig sind. Bei Albert Fischer, der außer seiner Freizeit bereits 14 Jahre als Müller arbeitet, wurde der Einspruch damit begründet, daß er vor dem drei Monate bei der Eisenbahn beschäftigt gewesen ist und demnach aus dem Beruf ausgeschieden sei. Bei Ludwig Fischer wurde geltend gemacht, daß er als Hilfsarbeiter erst seit neun Monaten in der Mühlenindustrie beschäftigt sei.

Das Arbeitsgericht hat die Einsprüche der Mühle wegen der Wahlbarkeit als unbegründet abgelehnt. Den Einspruch zu 1 wegen Verstöße gegen die Wahlordnung als begründet und die Wahl für ungültig erklärt. Es mußten somit Neuwahlen stattfinden.

Wenige Tage nach der Entscheidung des Arbeitsgerichts hat die Mühle dann die beiden Kollegen entlassen.

Das Amtsgericht Braunshweig hat die Mühle Rünigen verurteilt, den Entlassenen den ausgefallenen Lohn nebst Zinsen zu zahlen.

Gründe:

Gemäß § 96 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 bedarf der Arbeitgeber zur Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung der Zustimmung dieser Vertretung. Beklagte läßt sich nun darauf, daß durch Spruch der arbeitsgerichtlichen Kammer des Schlichtungsausschusses hier vom 12. Juni 1925 die im März 1925 im Betriebe der Mühle Rünigen stattgehabten Betriebsratswahl für ungültig erklärt ist, daß also danach die am 19. Juni 1925 entlassenen Kläger den Schutz des § 96 des Betriebsrätegesetzes für sich nicht in Anspruch nehmen könnten.

Diese Auffassung beruht gegen den Geist der bezüglichen Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, welches nicht dulden will, daß die Arbeiter eines Betriebes, in dem ein Betriebsrat zu wählen ist, auch nur vorübergehend ohne solche Vertretung dem Arbeitgeber gegenüber stehen sollen. Der Standpunkt der Beklagten ist aber auch mit dem Wortlaut des § 43 des Gesetzes nicht zu vereinbaren. Infolge der Ungültigkeitserklärung der Betriebsratswahl ist im Betriebe der Beklagten eine Neuwahl des gesamten Betriebsrates notwendig; in einem solchen Falle bleiben gemäß § 43 a. a. O. die Mitglieder des alten Betriebsrates solange im Amt, bis der neue gebildet ist. Letzteres war am 19. Juni 1925 unstreitig noch nicht der Fall; demnach ist die am genannten Tage ohne Mitwirkung der Betriebsvertretung erfolgte fristlose Kündigung der Kläger arbeiten der Beklagten als rechtsunwirksam zu erachten; die Kläger könnten daher an sich auf Grund ihres noch bestehenden Arbeitsvertrages von jenem Tage an bis jetzt ihren tarifmäßigen Lohn verlangen. Da sie anderweitig Arbeit gefunden haben, beschränkt sich ihr Anspruch auf die Differenz zwischen dem Lohne, den sie bei der Beklagten weiterbezogen haben würden, und ihrem anderweitigen Verdienste. Ludwig Fischer verlangt Lohn für vier Tage à 4,90 M., Albert Fischer Lohn für vier Tage à 5,50 M. und Winderlohn für sieben Tage à 1,42 M.

Die Höhe dieser Forderungen ist nicht mehr bestritten. Der geforderte Zinssatz erscheint angemessen. Das Urteil ist, wie bemerkt sein mag, durch die Verbindung der beiden Sachen berufsunfähig geworden.

Rundschau.

Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die zweite Dezemberwoche hat sich die Arbeitsmarktlage weiter sehr erheblich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist wieder in fast allen Bezirken und allen Berufsgruppen außerordentlich stark angewachsen. Eine fühlbare Nachfrage nach Arbeitskräften ist nirgends vorhanden. Diese Verschlechterung ist um so bemerkenswerter, als nach der jetzt abgeschlossenen Statistik für den Stichtag des 1. Dezember d. J. die Zahl der unterstützten Erwerbslosen bereits auf 669 130 angewachsen ist, d. h. gegenüber dem 15. November, der eine Erwerbslosenziffer von 472 830 aufwies, ergibt sich eine Zunahme um 41,5 Proz. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Statistik nur die unterstützten Erwerbslosen, aber nicht die Ausgesteuerten, Kurzarbeiter usw. umfaßt. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahre 1925. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen betrug nämlich:

Table with 2 columns: Month and Number of supported full-time unemployed. Rows include Jan, Feb, Mar, Apr, May, Jun, Jul, Aug, Sept, Oct, Nov, Dec.

Vor kurzem schätzte das Reichsarbeitsministerium die Zahl der Vollerwerbslosen auf 600 000. Man sieht, daß am 1. Dezember diese Zahl schon längst überschritten war. Wenn man das rasende Tempo berücksichtigt, in dem die Arbeitslosigkeit seit sechs Wochen gestiegen ist, dürften im gegenwärtigen Augenblick drei Viertelmillionen Vollerwerbslose (was erfahrungsgemäß eine Arbeitslosigkeit von zwei Millionen bedeutet) längst nicht mehr reichen.

Aufreizende Zahlen.

In einem rheinisch-westfälischen Unternehmen wurden kürzlich auch die Gehälter der Direktoren mit abgebaut. Aber wie. Man höre. Der betreffende Generaldirektor des Wertes erhielt bisher ein Jahresgehalt von 650 000 M.; er soll in Zukunft nur noch 600 000 M. erhalten. Die übrigen Direktoren des Wertes, die bisher Jahresgehälter im Betrage von 240 000 M. bezogen, sind auf je 216 000 M. gesetzt worden. Dazu natürlich die übrigen Bezüge, wie Lantienmen, Aufsichtsratsentschädigungen usw. — Damit vergleiche man die beweglichen Klagen der deutschen „Wirtschaftsführer“ über die schlechte Lage der Wirtschaft.

Die neuen Sätze für Erwerbslose.

Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge betragen nach der Neufestsetzung auf die Woche umgerechnet ab 14. Dezember:

Table showing support rates for different categories (A, B, C, Du, E) in different regions (I, II, III, West) for various family types.

Table showing support rates for different categories (I, II, III, West) for various family types in the economic region II (Mitte).

Table showing support rates for different categories (I, II, III, West) for various family types in the economic region III (West).

Der Verwaltungsausschuß des Landesamts Preußen hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember für den Bereich der preußischen Gefahrengemeinschaft einen Einheitsbeitrag von 3 Proz. ab 1. Januar 1926 festgesetzt.

Zum Jahreswechsel

allen Mitgliedern und Mitarbeitern

die besten Wünsche!

Redaktion.

Verbandsvorstand.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

1. Beitragswoche vom 27. Dezember bis 2. Januar

Betrifft Einsendung der Mitgliedsbücher zwecks Umschreibung.

Einige Ortsvereine schicken nicht nur die Bücher ein, welche mit der 52. Woche 1925 ablaufen, das heißt voll sind, sondern auch die Bücher, welche noch drei und mehr Jahre laufen. Das ist falsch, denn diese Bücher werden solange verwendet, bis sie abgelaufen sind. Es wird daher dringend gebeten, nur die vollgelaufenen Bücher einzuladen.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkassa

vom 21. bis 24. Dezember.

Table listing contributions from various locations like Dresden, Freiberg, Chemnitz, etc., with amounts.

Nachruf. Am 21. Dezember starb unser treuer Kollege Josef Koller, Schloffer, im Alter von 68 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen d. f. r. Brauerei Schierling, Ortsverwaltung Regensburg.

Unserer Kollegin Melanie Günther nebst Gemahl nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsverein Altenburg.

Unserem Kollegen Franz Senat zu seinem 45. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch! Die Kollegen der Baltischen Spritwerke, Bahnhofsplatz Danzig.

Unserem Kollegen Jos. Maichs nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung. Die Kollegen d. Unterzahlstelle H.-Zugelheim.

Unserem Kollegen Otto Stumpf (Bollshaus-Büffler) nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Weimar.

Unsern lieben Kollegen Gustav Luckau nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit, sowie unsern lieben Kollegen August Werner und seiner lieben Frau Berta, zur Verlobung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Ostpr. Handelsmühlenn. Ortsverein Rastenburg.

„Wünsche allen ein gesundes neues Jahr.“ Johann Lohm, Kiel, Michelsenstr. 12.

Advertisement for Prima Rindleder (cow leather) shoes, featuring an image of a shoe and text describing quality and price.

Advertisement for Brauerschuhe (brewer's shoes), featuring an image of a shoe and text describing durability and price.

Achtung! Brauerschuhe!

Alle Ihre Kollegen schwärmen für unseren Brauerschuh Marke „Industrie“

Wer ihn trägt, lobt seine Vorzüge:

- 1a Rindleder
1a Verarbeitung
3fache gepichtete Nähte
Wasserlasche



- Neu! Ges. gesch. Hinterkappen-Sicherung
(kein Ausreißen des Schafes mehr)

Gute Paßform

Preis (frei an Ihre Adresse): Mk. 7,- p. Paar mit Lederbesohlung. Keine Porto- und Verpackungs-Berechnung. Wieder sofort ab Lager lieferbar. Industrieschuhfabrik Höchs! am Main